
Neue SPD - neuer DGB

Vorläufige Gedanken zu langwierigen Prozessen

Es gehört nicht zu den ausgeprägtesten Stärken der deutschen Sozialdemokratie sowie der deutschen Gewerkschaftsbewegung, von Bruder- oder Schwesterorganisationen anderswo in der Welt zu lernen. Das ist zweifellos auch eine Folge der Tatsache, daß sie, seit ihren Gründungszeiten im vorigen Jahrhundert, weltweit ihrerseits als Vorbilder angesehen wurden, denen es nachzueifern gelte. Insofern konnten sie sich, zumindest zeitweise, als Nabel der Welt fühlen.

Nun hat sich eine jüngere Schwester der Sozialdemokratie, eine legitime Tochter der britischen Gewerkschaften, die altherwürdige Labour Party, in einem spektakulären Prozeß von ihrer Mutter emanzipiert, sich mächtig geliftet - allerdings ohne Rouge dabei aufzulegen - und bald darauf den größten Wahlsieg ihrer Geschichte eingefahren. Die Ursachen dieses grandiosen Erfolges werden sicherlich noch gründlich erforscht und wissenschaftlich analysiert werden, aber ein paar seiner Elemente lassen sich aus bloßer zeitgenössischer Anschauung festhalten: eine charismatische Führungspersönlichkeit; ein ausgefeiltes, hochprofessionelles Konzept für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung; die geradezu rücksichtslose Beseitigung einer überkommenen Parteistruktur und -programmatik. Es ist ein leichtes, der SPD zum Nachvollzug zu raten. Nichts ist im Detail dasselbe, aber die Tendenzen der Nicht-mehr-Industriegesellschaften sind die gleichen. Deshalb läßt sich soviel von Blair und New Labour lernen: Es bedarf in der Mediengesellschaft einer klar konzipierten und konsequent umgesetzten Kampagne, um eine Kandidatin oder einen Kandidaten, zumal dann, wenn sie/er ohne Regierungsamt ist, sowie das Profil einer Partei den Wählern nahezubringen. Das benötigt ausreichend Zeit und anschlussfähige Botschaften. Tony Blair hat das - mit bewundernswertem Einsatz und größter Konsequenz - seit 1994 beherzigt.

Die SPD ist zu Recht stolz auf ihre programmatische Tradition; das Godesberger Programm schuf geradezu die Voraussetzungen zu Volkspartei und Wählbarkeit. Demgegenüber trug die Labour Party bis in die jüngste Zeit

programmatischen Ballast mit sich, der ihr bestimmte Wählerschichten verschloß. Blair hat allerdings nicht nur dieses Defizit radikal beseitigt, er ist weit darüber hinausgegangen. Dafür einige Beispiele*: Im Januar 1993 sagte Blair in einem Rundfunk-Interview, man müsse „hart gegen Kriminalität und hart gegen die Ursachen von Kriminalität“ vorgehen, wandte sich gegen die einseitige Ableitung von kriminellem Handeln aus gesellschaftlichen Umständen und verlangte - im Gegenzug für gesellschaftliche Chancen -persönliche Verantwortung. Ebenfalls 1993 sagte Blair: „Soziale Disziplin und Verantwortungsbewußtsein werden hauptsächlich durch Familiendisziplin erlernt. Ein moderner Begriff von Gesellschaft, wo Rechte und Verantwortungen miteinander einhergehen, braucht die Erziehung zur Verantwortung. Gemeinschaft wächst aus der Familie. Die Familie ist der Ausgangspunkt.“ Blair räumt der schulischen Ausbildung einen besonderen Stellenwert ein („Die Lehrer sollen lehren, die Eltern sollen auf ihre Kinder achten.“), und als die drei vorrangigen Ziele, die er als Premierminister anzugehen gedenke, nannte er „Bildung, Bildung, Bildung“.

Das alles - zusammen mit der Überzeugung, daß schematische Sozialausgaben keine soziale Gerechtigkeit garantieren - mündet in moralische Kategorien und in einen Gemeinschaftsbegriff, der auch dem von Amerika ausgehenden Kommunitarismus verpflichtet ist. Ist das nun eine Neubelebung von Denkfiguren und Werten, wie sie sich auch in der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung oder im christlichen Sozialismus finden lassen, oder wagt hier einer den Drahtseilakt am Rande eines konservativ-reaktionären Populismus? Jedenfalls hat Blair die Wahl gewonnen - im letztmöglichen Moment für Labour, wie nicht wenige Kenner meinen.

In seinem Erfolgskonzept ist noch ein besonders heikler Bestandteil enthalten: die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften. Da die Labour Party - wie erwähnt - zu Beginn dieses Jahrhunderts eine Gründung der englischen Gewerkschaften war, hatte sich zwischen ihnen ein spezifisches Abhängigkeitsverhältnis entwickelt, das hier nicht im einzelnen dargestellt werden kann. Blair hat die Partei nicht nur ganz weitgehend aus dieser Abhängigkeit gelöst, er hat auch erreicht, daß seine Partei Gesetzesänderungen zustimmte, die den Gewerkschaften bestimmte Spielräume nahmen (z.B. closed shop).

In diesem Punkt zeigen sich deutliche Parallelen zu Bill Clinton (dessen Wahlkämpfe insgesamt natürlich vielfach als Vorbild dienten), der in seinen Wahlkämpfen ebenfalls den traditionellen Schulterschuß der Demokratischen Partei mit den amerikanischen Gewerkschaften nicht gerade gesucht hat.

Wäre eine ähnliche Distanzierung also auch den deutschen Sozialdemokraten zur Chancen Verbesserung bei Wahlen zu empfehlen? Man kann ohne Anmaßung behaupten, daß die Gewerkschaften, wie sie sich nach 1945 in den Westzonen (unter Anleitung der Alliierten) und dann in der Bundesrepublik entwickelt haben, vergleichsweise modern, effektiv, durchsetzungsstark, ebenso kompromiß- wie konfliktfähig waren. Das traf in dieser Mischung für kaum eine andere Gewerkschaftsbewegung in den Industriestaaten zu. Diese Stärke, Kalkulierbarkeit und Souveränität hat zur Grundstabilität im Verhältnis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie maßgeblich beigetragen.

Mit dem Epochenwandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft gehen Veränderungen einher, die auch die Organisationsgrundlagen der Gewerkschaften betreffen, ja sie sogar in Frage stellen: So schwinden Größe und Bedeutung der seit dem Beginn der Industrialisierung tonangebenden Schwerindustrie, während etwa private Dienstleistungen und die Kommunikationsbranche wachsen. Das hat zu einer - bisher unbehandelt gebliebenen - Erosion des Fundaments des nach 1945 errichteten Gewerkschaftsgebäudes geführt. Genau genommen ist mit den bereits vollzogenen und noch zu erwartenden Fusionen das Industrieverbandsprinzip aufgelöst worden. Dieser - nicht zuletzt aus finanziellen Gründen -objektiv notwendige Vorgang ist nur dann nicht beklagenswert, wenn er Ausgangspunkt einer neuen haltbaren Ordnung wird. Eine neue Gewerkschaftsstruktur, die Größe mit Flexibilität, Zusammenhalt und Vielfalt in ähnlich wirksamer Weise kombiniert, wie es die Einheitsgewerkschaft fast 50 Jahre lang getan hat, wäre eine politisch-historische Meisterleistung. Daß dabei die Präsentation nach außen, die innergewerkschaftliche Kommunikation, die aktive Einbeziehung der Mitglieder, die betrieblichen Aktionsformen, vielleicht auch die außerbetrieblichen Tätigkeitsfelder und vor allem natürlich die europäische und internationale Verflechtung neu überdacht, reformiert und oft ganz neu zugeschnitten werden müssen, versteht sich von selbst. Eine Entwicklungsvariante dagegen, die auf gewerkschaftliche Konkurrenz setzt, würde (wie Klaus Lang und Peter Schaaf in ihrem Beitrag in diesem Heft zutreffend bemerken) einen historisch gewachsenen Vorteil der deutschen Gewerkschaften preisgeben und könnte zu Ergebnissen führen, an denen die englischen Gewerkschaften jahrzehntelang gekrankt haben.

Ob sich das Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, das in den schwierigen Zeiten der Industrialisierung gewachsen ist, in dieser neuen Umbruchphase bewähren wird, wird sich nicht zuletzt aus der gegenseitigen Hilfe bei den je notwendigen Reformprozessen ergeben.

Hans O. Hemmer

* Die folgenden Zitate stammen aus dem lesenswerten Bund: Dominic Johnson. Abschied von der Insel? Großbritannien im Wandel. Bonn (Dietz) 1997. Ebenfalls informativ: Jon Soper. Tony Blair. Der Herausforderer, Stuttgart (Quell) 1996.